

Menschen gegen  
Rechts verteidigen

17/12

149

TOTE

*Uns geht's ums Ganze.*  
[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION



**149 Menschen wurden seit 1990 von Nazis getötet.** (Stand: Juni 2010)



# Rechtsextremismus heißt: gegen die Menschenwürde

---

Rechtsextremismus ist menschenfeindlich, Neonazis wollen die Demokratie abschaffen. Die Gleichwertigkeit und Würde aller Menschen wird von Nazis und den mit ihnen Sympathisierenden verneint. Dennoch werden rechtsextreme Politiker immer wieder in demokratische Institutionen gewählt. Rechtsextreme konnten bei vergangenen Wahlen stark zulegen. Die NPD hat bei acht Kommunalwahlen mehr als 100 Mandate in Städten, Gemeinden und Landkreisen hinzugewonnen. 2009 verpasste sie zwar deutlich den Einzug in den Bundestag, hat aber über 300 Abgeordnete in kommunalen Vertretungen. In Sachsen wurde die Partei 2009 erstmals in ein Landesparlament wiedergewählt und konnte so ihre Strukturen dort festigen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern stellt sie seit 2006 eine Landtagsfraktion. In Brandenburg hingegen scheiterte die rechtsextreme DVU 2009 an der Fünf-Prozent-Klausel, nachdem sie zuvor seit 1999 im Landtag vertreten gewesen war. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten ist auf konstant hohem Niveau. Auch 2009 kamen mehr als 20.000 rechtsextreme Straftaten zur Anzeige. Die Dunkelziffer ist viel höher. 149 Menschen wurden seit 1990 in Deutschland von Nazis getötet, nur weil sie nicht in deren Weltbild passten.

# Doppelbödiges Strategien

---

Rechtsextreme streben eine ideologische und kulturelle Vorherrschaft an. Sie wollen nicht nur ihre eigene Position stärken, sondern auch anders Aussehende, Lebende oder Liebende vertreiben. Das gelingt ihnen gerade dort gut, wo es an staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Angeboten mangelt. Wo Jugendclubs schließen, keine Perspektiven erkennbar sind und demokratische Vorbilder fehlen, können Neonazis die entstehenden Lücken schließen. In manchen Regionen sind sie die einzigen, die vor Ort Kultur- oder Freizeitangebote schaffen. Sie sitzen in Nachbarschaftsheimen und bei der Feuerwehr. Zudem haben sie gelernt, ihr Erscheinungsbild zu ändern und moderne Kommunikationswege wie Facebook oder Twitter für ihre Propaganda und Vernetzung zu nutzen. Extrem rechte Pseudointellektuelle verwischen über ihre Medien gezielt die Grenze zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie – mit Auswirkungen bis ins Bildungsbürgertum und die „Mitte“ der Gesellschaft.

# Falsche Gleichsetzungen

---

Die Bundesregierung aus Union und FDP stellt in ihrer Politik „Links- und Rechtsextremismus“ als staatsfeindliche Haltungen gleichwertig nebeneinander. Jenseits der so definierten „extremen“ Ränder (häufig noch ergänzt um „Islamismus“) wird in der „Mitte“ eine tadellos demokratische Mehrheitsbevölkerung angenommen, die keine Probleme verursacht. Diese „Extremismustheorie“ halten wir für falsch. Natürlich muss jeder Form von Menschenfeindlichkeit und ideologisch motivierter Gewalt entschieden entgegengetreten werden, selbstverständlich auch dann, wenn sie aus dem linken politischen Spektrum kommt oder islamistisch motiviert ist. Die großen Unterschiede in Ausmaß, Bedrohungspotenzial, Erscheinungsformen und Anschlussfähigkeit in die Mitte der Gesellschaft verlangen aber differenzierte Strategien. Plumpe Gleichsetzungen behindern dagegen effektive Maßnahmen zur Demokratiestärkung. Es muss klar gesagt werden, dass von extrem rechten Haltungen und Aktivitäten eine ungleich höhere Gefahr ausgeht.



*Linke = NPD = Islamismus*

**Wohl kaum!**



Foto: picture-alliance/Kluge

## Politik muss eindeutig Stellung beziehen

---

Unsere Demokratie ist ernsthaft gefährdet, wenn nicht alle Menschen als gleichwertig angesehen und behandelt werden. Neonazis sprechen bestimmten Bevölkerungsgruppen ganz offensichtlich die allgemeinen Menschenrechte ab: mit hasserfüllten Parolen und brutalen Übergriffen. Trotz regionalem Aufwind stellen sie aber eine überschaubare Größe dar und erhalten vielerorts auch deutlichen zivilgesellschaftlichen Widerstand. Unterschätzt werden hingegen die Folgen latenter Vorurteile, rassistischer, antisemitischer oder homophober Haltungen in der „Mitte“ der Gesellschaft. Diese prägen langfristig unser Gemeinwesen und die Einstellungen der nächsten Generationen. Hier muss Politik stärker als bisher ansetzen.

*„Für demokratische Parteien müssen rechtspopulistische Äußerungen aus den eigenen Reihen absolut ausgeschlossen sein!“*

*Monika Lazar MdB,  
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus*

## Was kann ich selbst tun?

---

Zunehmend ausdifferenzierten braunen Strukturen können wir nur vor Ort begegnen. Wir brauchen den lokalen Zusammenschluss von Demokratinnen und Demokraten. Nötig sind breite Bündnisse von Initiativen, Politik, Verwaltung und Bevölkerung, um den Neonazis demokratische Strukturen und Eigeninitiative entgegenzusetzen zu können. In allen Bundesländern gibt es gute Beispiele für Projekte, die durch Bundesprogramme unterstützt oder auch durch das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet worden sind.

Persönlicher Einsatz ist auch immer dann gefragt, wenn Menschen beleidigt, diskriminiert oder angegriffen werden. Helfen kann auch bedeuten, einen Notruf abzusetzen, wenn man Zeuge von Bedrohung oder tätlicher Gewalt wird. Oft zeigt sich Zivilcourage aber im Kleinen, zum Beispiel wenn man nicht über einen „Ausländer-“ oder „Schwulenzwits“ lacht, sondern dessen versteckte Botschaft aufdeckt und ablehnt.

## Grüne Forderungen:

---

Demokratische Parteien dürfen rechtsextreme Hetze nicht gesellschaftsfähig machen, eindeutige Abgrenzung ist Pflicht. Wo Nazis in Parlamenten sitzen, unterstützen wir alle Bemühungen, ihre Ziele und Ideologien zu entlarven. Politik wie Medien müssen sich differenziert mit rechtsextremen Erklärungsmustern auseinandersetzen.

Die Gleichsetzung von Extremismusformen durch die Bundesregierung ist falsch: Sie verharmlost den rechtsextremen Angriff auf unsere Demokratie. Nazi-Aktivitäten müssen spezifisch bekämpft werden. Dazu muss man nicht nur die Menschen von der Demokratie überzeugen, sondern ihnen auch mehr Brücken zur aktiven Mitwirkung bauen. Denn positive Erfahrungen mit der Demokratie machen immun gegen demokratiefeindliche Denkmuster.

Um braunen Parolen gewachsen zu sein, braucht es Bildungsangebote in Schulen, Jugendeinrichtungen, Verwaltungen, bei Polizei und Gerichten. Initiativen leisten bereits gute Arbeit. Besonders bewährte Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen brauchen aber bundesweit eine dauerhafte Finanzierung

## **Noch Fragen?**

**Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Monika Lazar MdB

Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Arbeitskreis 3: Demokratie, Recht und Gesellschaftspolitik

T. 030 227 56789, F. 030 227 56552, [info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

## **Zum Weiterlesen:**

Vielfalt bringt`s. Jugendkultur fördern – Demokratie stärken

(Flyer 16/200)

## **Links:**

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) » Themen A-Z » Rechtsextremismus

## **Bundestagsdrucksachen:**

17/2482 Daueraufgabe Demokratiestärkung (Antrag)

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

## **Impressum:**

**Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski

Stand: August 2010

Schutzgebühr: 0,05 €